



Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Dank an alle Beteiligten für tollen Sächsilüüte-Auftritt

Der Regierungsrat hat mit grosser Freude und Genugtuung von der gelungenen Durchführung des Schaffhauser Auftritts am Sächsilüüte 2009 in Zürich Kenntnis genommen. Die Regierung zeigt sich erfreut über das positive Echo in der breiten Öffentlichkeit. Die Attraktionen auf dem Lindenhof und die Schaffhauser Elemente an den beiden Umzügen haben grossen Anklang gefunden. Der Regierungsrat spricht den Verantwortlichen sowie allen Helferinnen und Helfern des Schaffhauser Auftritts am Sächsilüüte 2009 seinen Dank für den geleisteten Einsatz aus. Alle Beteiligten haben dazu beigetragen, die Region Schaffhausen im besten Lichte zu präsentieren.

Geschäftsbericht der Gebäudeversicherung

Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat den Geschäftsbericht 2008 der Gebäudeversicherung des Kantons Schaffhausen zur Genehmigung.

Das Geschäftsjahr der Gebäudeversicherung war durch gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet. Dem sehr günstigen Schadenverlauf stehen negative Kapitalerträge gegenüber. Die gesamte Schadensumme liegt mit rund 2,1 Mio. Franken deutlich unter dem langjährigen Mittel von 3,1 Mio. Franken. Die Feuerschäden lagen mit einer Schadensumme von 1,1 Mio. Franken unter dem langjährigen Mittel. Die Elementarschäden erreichten sogar lediglich 32 Prozent des langjährigen Mittels. Das versicherungstechnische Ergebnis mit einem Verlust von rund 300'000 Franken fiel deutlich besser als in den Vorjahren aus. Leider wurde dieses gute Resultat durch Kapitalverluste von rund 8,7 Mio. Franken massiv geschmälert. Durch Auflösung von Schwankungsreserven von 9,3 Mio. Franken liegt trotzdem ein ausgeglichenes Gesamtergebnis vor. Der Reservefonds beläuft sich auf 74,8 Mio. Franken. Dies entspricht 3,5 Promille des Versicherungskapitals. Eine solche Reservehöhe genügt den versicherungstechnischen Anforderungen gerade noch. Auf Grund der aktuellen Wirtschaftslage hat die Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung beschlossen, im Geschäftsjahr 2009 auf die Ausrichtung eines Prämienrabattes zu verzichten.

Regierung für einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer

Der Regierungsrat spricht sich für die Einführung einer einheitlichen Unternehmens-Identifikationsnummer aus, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement des Innern festhält. Ziel des vorgeschlagenen Bundesgesetzes ist, dass jedem Unternehmen in der Schweiz bis 2011 eine Unternehmens-Identifikationsnummer zugeordnet wird, die den Kontakt zwischen den Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung von Bund, Kantonen und Gemeinden vereinfacht. Der administrative Aufwand für die Unternehmen soll durch die einheitliche Identifikation gemindert und die Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung effizienter werden.

Die Schaffung einer einheitlichen Identifikationsnummer für Unternehmen wird vom Regierungsrat begrüsst unter der Voraussetzung, dass der effektive Nutzen auch tatsächlich den Aufwand bzw. die Kosten übersteigt. Der heutige Kontakt zwischen Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung ist durch eine Vielfalt von unterschiedlichen Nummern tatsächlich kompliziert und verursacht oft unnötige Doppelspurigkeiten für die Unternehmen und die Verwaltung. Die Schaffung einer einheitlichen Identifikationsnummer erlaubt zudem einen effizienten, sicheren und systematischen Datenaustausch auf elektronischem Wege, wodurch die Realisierung weiterer E-Government-Projekte ermöglicht wird.

Regierung sagt Ja zu bedingtem Rückzug bei Volksinitiativen

Der Regierungsrat unterstützt die vorgeschlagene Möglichkeit eines bedingten Rückzugs einer Volksinitiative im Fall eines indirekten Gegenvorschlags, wie er in seiner Vernehmlassung an die Staatspolitische Kommission des Ständerates festhält. Die Vorlage will neu ermöglichen, dass Initiantinnen und Initianten eine Volksinitiative bedingt zurückziehen können, falls ein indirekter Gegenvorschlag vorliegt. Scheitert dieser indirekte Gegenvorschlag in einer allfälligen Referendumsabstimmung, dann soll die Volksinitiative doch noch zur Abstimmung kommen können. Dadurch soll vermieden werden, dass die Initianten in Ungewissheit über das Schicksal des indirekten Gegenvorschlags über den Rückzug ihrer Initiative entscheiden müssen.

Unterstützung für Revision der Militärversicherung

Der Regierungsrat stimmt der Revision des Militärversicherungsgesetzes zu, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement des Innern festhält. Die Militärversicherung ist das älteste Sozialversicherungswerk der Schweiz. Die Versicherung dient der umfassenden Risikodeckung aller Gesundheitsschäden von Personen, die für den Bund persönliche Leistungen im Bereich der Sicherheits- oder Friedensdienste erbringen. Mit der Revision sollen die Militärversicherung aktualisiert, die Synergien mit der Suva verbessert und Einsparungen von 5 – 10 Prozent erzielt werden. Das Ziel der Revision ist die Beschränkung der Übernahme von Schäden durch die Militärversicherung auf solche, die während des eigentlichen Dienstes auftreten, während Tätigkeiten, die nicht direkt mit dem Dienst zusammenhängen, nicht mehr über die Militärversicherung abgedeckt werden. Aufgrund des ausgebauten Versicherungsschutzes gegen Krankheit und Unfall sowie der Lohnfortzahlungspflicht durch die Arbeitgeber bei Krankheit ist es nach Ansicht der Regierung angezeigt, über die Militärversicherung nur die Schäden, die im Militärdienst beziehungsweise in gleichgestellten Diensten erlitten werden, zu versichern.

Petition der Tamilen an Bund weitergeleitet

Der Regierungsrat hat die am 7. April 2009 von der Stiftung TRO Schweiz eingereichte Petition zu den Auswirkungen des Krieges in Sri Lanka auf die Situation der in der Schweiz lebenden Tamilinnen und Tamilen zur Kenntnis genommen. Die Tamilinnen und Tamilen in der Schweiz bitten insbesondere um Hilfe beim Ausfindigmachen ihrer Angehörigen in Sri Lanka. Nachdem gemäss der Bundesverfassung die auswärtigen Angelegenheiten - soweit es nicht über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit geht - grundsätzlich Sache des Bundes sind, hat die Regierung das Bittschreiben zuständigkeitshalber an das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten weitergeleitet.

Genehmigung eines Gemeindeerlasses

Der Regierungsrat hat die vom Einwohnerrat Stein am Rhein am 23. Februar 2007 beschlossene Nutzungsplanungsänderung (Zonenplan und Bauordnung) bezüglich der Parzelle GB Nr. 1388 "Häldeli" genehmigt, nachdem die Zonenzuweisung dieser Parzelle rechtskräftig geworden ist.

Amtsjubiläum

Der Regierungsrat hat Urs-Peter Etzweiler, dipl. Pflegefachmann bei den Spitälern Schaffhausen, und Alfred Gahlinger, Sachbearbeiter Arbeitslosenkasse, die am 1. Mai 2009 das 25-jährige Amtsjubiläum begehen können, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.

Schaffhausen, 22. April 2009
bis und mit Nr. 15/2009
15/2009

Staatskanzlei Schaffhausen